

Keine Wahl bei den Wahlen

Die öffentliche Debatte über die Bildung einer SPD/Grünen-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt - mit Duldung der PDS - gewährt einige Einblicke in die dümmliche politische Vorstellungswelt der Kapitalisten und ihrer Parteien. Natürlich ist auch die Hauptinteressenvertreterin der Bourgeoisie unter den Lohnabhängigen, die SPD, bei dem anti-kommunistischen Gesabber dabei. Denn auch Scharping, wieder einmal ganz Kohl, spricht vom "Gespenst der Volksfront", um sich gegen innerparteiliche Überlegungen einer Regierungs-Mehrheit links von der Union (SPD, Grüne, PDS) abzusetzen (SPIEGEL, 04.07.94). Die PDS-Führung, die Zielscheibe der Hetze, gibt sich dagegen gelassen und strickt unbekümmert weiter am Rechtsmuster ihrer rosa Ringelsöckchen.

Obwohl Scharping unmißverständlich klar gemacht hat, daß er nach dem "Magdeburger Modell" nicht Kanzler werden will - denn selbst diese kapitalistische Austeritäts-Variante ist ihm schon zu links -, baut die CDU demagogisch ihren Unternehmer-Offensiv-Wahlkampf auf der Warnung vor einer "Linksfront" auf. Nach den Kommunalwahlen in Brandenburg - als die PDS überraschend wieder gut abschnitt - wurde laut über das Einfrieren von Investitionen in diesem Bundesland nachgedacht (so als wäre über Nacht der "Kommunismus" dort ausgebrochen). Nach den Europa-Wahlen wurden Forderungen laut, staatliche Subventionen in die neuen Bundesländer wegen ihrer hohen PDS-Wähleranteile zu kappen. So soll den ehemaligen Bürgern der DDR eine Lektion in Sachen "Demo-

kratie" erteilt werden: Wenn Ihr nicht die "richtigen" Parteien wählt, wird der Geldhahn zugedreht - so einfach ist das mit der "westlichen Freiheit"! Und die Drangsalierung durch den Verfassungsschutz bzw. die Androhung eines PDS-Verbotes bleibt, nicht nur in Bayern, auf der Tagesordnung. Auch Scharping sieht die PDS als "keine Partei des Grundgesetzes, sie gehört nicht zu den Parteien des Verfassungsbogens",

die SPD habe zur PDS eine "glasklare Trennlinie gezogen" (Berl. Ztg., 14.07.94). Zwar wird die PDS in der "Dresdner Erklärung" (nach heftigen internen Debatten) nicht mehr als "undemokratisch" bezeichnet, aber Scharping findet es "normal, daß Verfassungsschützer die PDS beobachten" (SPIEGEL, 15.08.94).

Gegen diese ganze bürgerliche Hetze muß die PDS natürlich verteidigt werden, denn diese richtet sich nicht nur gegen Gysi & Co., sondern gegen die gesamte Linke. Die CDU versucht durch ihre "Linksfront"-Kampagne den traditionell verankerten Antikommunismus im Westen aufzupolieren und knüpft dabei an Konzepte aus den 50er ("Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau") und 70er Jahren ("Freiheit statt Sozialismus") an. In der "Linksfront-Kampagne" kristallisiert sich die bürgerliche Offensive auf der politischen Ebene.

Über die aktuelle Grenze dieser Kampagne sollte man sich aber auch im klaren sein: Denn trotz Organisation dieser anti-kommunistischen Schmutzkampagne wissen die herrschenden Kreise sehr wohl, daß die PDS-Führung am kapitalistischen Eigentum nicht einmal kratzen möchte und keinerlei Gefahr für sie darstellt. Die zahlosen PDS-Sozialisten sind ganz scharf darauf, ihre Loyalität gegenüber dem System, sprich ihre "demokratische Gesinnung", unter Beweis zu

So wird am 16.10. gewählt:

CDU	<input type="radio"/>
SPD	<input type="radio"/>
FDP	<input type="radio"/>
PDS	<input type="radio"/>
GRÜNE	<input type="radio"/>
REP	<input type="radio"/>

Stimmt ungültig!

stellen. Nach dem Fall der Mauer erscheint den "etablierten Parteien" die PDS jedoch als politisch völlig unnötig (schließlich gibt es ja bereits die SPD mit ihrer Integrationsfunktion) und zudem als lästige Pfründe-konkurrenz und Störenfried. Die demagogische Rote-Socken-Hetze hat erst in zweiter Linie eine präventive (Daumenschrauben-)Komponente: Mögliches zukünftiges Aufmucken im PDS-Milieu soll schon im Keim erstickt werden. Gysi & Bisky haben diese Überlegungen der Bourgeoisie sehr wohl verstanden und ihre Konsequenzen gezogen. Zur Unterstreichung der gewünschten Anerkennung ihrer Respektabilität haben sie in den letzten Monaten die Partei noch weiter nach rechts getrieben.

Ringelsöckchen und Volksfronten

Angesichts all dieser jämmerlich-niveaulosen Wahlpropaganda: Was sind denn nun eigentlich "Volksfronten"? Und haben Kohl und Scharping etwa Recht, daß diese dem Kapitalismus gefährlich werden können? Historisch gesehen sind Volksfronten organisatorische Bündnisse zwischen Arbeiter- und bürgerlichen Parteien zum Schutz des bürgerlich demokratischen Kapitalismus (Frankreich, Spanien in den 30er, Chile in den 70er Jahren). Als Ziel gaben die (Volksfront-) "Demokraten" die Abwehr autoritärer bzw. direkt faschistischer Kräfte an. Doch das klappt nicht, weil die Volksfront v.a. die Funktion hat, in Krisenzeiten für die Akzeptanz der Unantastbarkeit des kapitalistischen Privateigentums zu sorgen. Die Aufgabe von Volksfront-Regierungen besteht darin, eine für das Kapital bedrohliche Bewegung der Lohnabhängigen zu bremsen, zu kanalisieren bzw. zu zerschlagen (nur um dann selber um so leichter von der militaristischen/faschistischen Rechten vernichtet zu werden). "Die 'Volksfront' auf der einen Seite - der Fa-

schismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution", meinte Trotzki im Übergangsprogramm der IV. Internationale von 1938.

Traditionell gesehen sind also an die Entstehung von Volksfronten mächtige Kämpfe/außerparlamentarische Bewegungen der Arbeiterklasse (Streiks, Betriebsbesetzungen etc.) gebunden. Und da liegt der wesentliche Unterschied zur heutigen Situation. Zwar repräsentiert eine Regierung aus SPD (bürgerliche Arbeiterpartei) und Grünen (bürgerliche/kleinbürgerliche Partei) - mit oder ohne PDS - unter dem Gesichtspunkt der "Klassenmechanik" in der Tat ein "Volksfront"-Bündnis, denn die (reformistischen) Repräsentanten der Arbeiterklasse gehen mit Vertretern der Bourgeoisie einen Block ein. Im Unterschied zur "klassischen" hat jedoch die heutige "Volksfront" nicht den Zweck, die Klassenkämpfe des Proletariats unterhalb der Schwelle zur Revolution zu halten - dafür ist der aktuelle Stand der Klassenkämpfe zu niedrig.

Ganz unsinnig ist die Bezeichnung einer SPD/Grünen/PDS-Koalition als "Volksfront" also nicht. Natürlich steht hinter der bürgerlichen Volksfront-Propaganda auch die Angst der herrschenden Klasse, daß sich das Proletariat dann doch einmal, viele Stufen auf einmal nehmend, gegen die bürgerliche Offensive zur Wehr setzen und zurückschlagen könnte. Demagogisch ist es nun zu unterstellen, daß eine Volksfront irgendetwas mit der Etablierung von "Kommunismus" zu tun habe bzw. das Kapital enteignen wolle. Richtig ist nur, daß eine Volksfront eine Verschiebung der politischen Kräfte innerhalb der bürgerlichen Herrschaft nach links bedeutet, diese Form der Herrschaft jedoch mit Risiken verbunden ist ("letztes Mittel"). Denn schließlich könnten ja die Integrationsmechanismen versagen! Eine aktuelle SPD/Grünen/PDS-Regierung könnte also, unter der Voraussetzung der Zuspitzung der Klassenkämpfe, durchaus ein Schritt hin zur instabilen, unsicheren politischen Situation der "klassischen Volksfront" sein. In der jetzigen Anti-Linksfront-Propaganda kommt also auch die Position weiter Teile der Bourgeoisie zum Ausdruck, bei der Durchsetzung der bürgerlichen Offensive sich auf keine Experimente einzulassen. Denn die Regierung Kohl, trotz aller Abnutzungserscheinungen, als auch die derart loyale SPD in der Opposition versprechen ein ruhigeres politisches Klima.

Bullenterror und Tendenzen zum "starken Staat"

Zur Analyse der politischen Situation der BRD im Zusammenhang mit der allgemeinen Rechtsentwicklung gehört die Feststellung von Tendenzen hin zur Entwicklung eines "starken Staates" mit (Polizei-) bonapartistischen Zügen, durch die die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen ein zunehmendes Maß an Willkür und Unkontrollierbarkeit erhalten. Einige der Beispiele für diese Entwicklung sind die GSG 9-Aktion in Bad Kleinen (der angebliche "Selbstmord" Wolfgang Grams), die "Tötung" eines 16-jährigen Kurden, der Plakate für die PKK klebte als auch die bekannt gewordenen Mißhandlungen (einschließlich sexueller Nötigungen) von ImmigrantInnen durch Polizei- und Justizbeamte. Das Verhalten der Polizei bei Demos zeigt darüberhinaus, daß es eine Strategie der "Gewalteskalation" gibt, die sich z.B. in der zunehmenden brutalen Einkesselung von Demonstrationen zeigt.

Inhalt:

Keine Wahl bei den Wahlen.....	S. 1
Qual mit der Wahl.....	S. 7
JRE-Austritt.....	S. 9
Vorwort zur Broschüre "Leninismus gegen Stalinismus".....	S. 12
China: Zeichen auf Sturm.....	S. 18

BOLSCHEWIK

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: M. Martin, 10502 Berlin
Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

Als vor einiger Zeit kurdische DemonstrantInnen Autobahnen besetzten und einige sich selbst verbrannten, da wurde diese Verzweiflungstat als eine "neue Stufe der Gewalt" bezeichnet. Die offizielle Regierungspolitik, z.B. der auch von der SPD befürwortete "Lauschangriff", der Vorschlag Schäubles zum internen Einsatz der Bundeswehr, Immigrantenhetze und PKK-Verbot fördert eigenständige, nach rechts außen schießende Entwicklungen innerhalb der Exekutivorgane des BRD-Staates. Das für sich selbst sprechende Deckert-Urteil, das offene Auftreten von Richtern und Staatsanwälten für die Republikaner, faschistisch-kriminelle Tendenzen wie in der Berliner Freiwilligen Polizeireserve oder auch die offene Unterstützung der Faschisten in Magdeburg durch die Polizei beweisen diese Tendenz. Die letzte Affäre des Berliner Innensenators Heckelmann und seines Pressesprechers ist nur Symbol der Zusammenarbeit der Demokraten und ihrer Staatsorgane mit ultrarechts-nationalistischen bis hin zu faschistischen Gruppierungen.



Ohne Kessel geht's mittlerweile kaum noch ab: Weltwirtschaftsgipfel in München 1992

Faschismus und Republikaner

Allerdings geht die Rechnung nicht auf, die v.a. reformistische Linke aufmachen: Wählt SPD (bzw. PDS), um die "Faschisten" zu schlagen (gemeint sind die Reps). Die rassistische bürgerliche Demokratie, repräsentiert v.a. von CDU und SPD, scheint momentan derart "wehrhaft" und "schlagkräftig", daß sie sehr wohl in der Lage ist, ultrarechts-nationalistischen Parteien wie den Republikanern das Wasser abzugraben - wobei natürlich die versteckte Abdeckung der Faschisten bei ihrer illegalen Drecksarbeit nicht aufgegeben wird.

Aber für Gruppen wie die SAG oder SAV/JRE sind die Republikaner trotz alledem Faschisten, um mit dieser Begründung einer akut drohenden faschistischen Gefahr in der BRD weiterhin ihre SPD/PDS-Wahl-Unterstützung verkaufen zu können.

Einmal abgesehen davon, daß Faschisten nicht durch die Wahl von bürgerlichen Arbeiterparteien gestoppt werden können: Auch die Einschätzung, die Republikaner seien faschistisch, ist schief und darum falsch. Entscheidendes Charakteristikum faschistischer Gruppierungen (wie FAP oder DL) ist die Organisation physischen Terrors gegen ImmigrantInnen, Schwule, Lesben, gegen Linke und Arbeiterbewegung. Das Erscheinungsbild der Reps ist jedoch geprägt durch Wahlkampfauftritte. Die Reps lehnen in ihrer Programmatik und Propaganda die Institutionen der bürgerlichen Demokratie nicht wie die Faschisten ab, sondern wollen diese "im Interesse Deutschlands" säubern. Wir verkennen natürlich nicht, daß innerhalb dieser ultrarechts-nationalistischen Formation faschistische Elemente und Gruppen ihr Unwesen treiben, die bestrebt sind, die Reps als Operationsbasis für die Schaffung einer faschistischen Massenbewegung auszunutzen. Auch ist bekannt, daß Mitglieder

der Reps Aktionen eindeutig faschistischen Charakters durchgeführt haben. Von daher ist es völlig klar, daß die Aufgabe eines revolutionären Anti-Faschismus darin besteht, durch Aktionseinheiten der Linken und Arbeiterbewegung auch den Reps jegliche Organisations- und Propagandamöglichkeit zu nehmen.

Aber die desorientierende Wirkung, die die inflationäre Verwendung des Faschismus-Begriffs mit sich bringt, sollte eigentlich gerade in Deutschland bekannt und verstanden sein. Die KPD-Politik des "Sozialfaschismus" vor 1933 trug zur deutschen Katastrophe bei. Argumente heute, mit denen die Reps als "faschistisch" bezeichnet werden, führen entweder dazu, auch die CDU oder SPD, die BRD insgesamt, als faschistisch/faschistoid/faschisierend zu bezeichnen (schließlich ist es ja richtig, wenn u.a. von Autonomen auf die Nähe von CDU/SPD und Republikanern z.B. in der Asylgesetzfrage verwiesen wird). Damit wird aber der Faschismus als politisches System zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung verharmlost. Oder aber der Fingerzeig auf die Reps als "faschistisch" wird von CDU/CSU und SPD benutzt, um aus wahltaktischen Gründen eine unliebsame Konkurrenz loszuwerden. Nach links schielend geht es der SPD auch darum, durch eine solche "handliche" Charakterisierung der Republikaner von den eigenen Schweinereien abzulenken. Linke, die die Charakterisierung der Reps als Faschisten von der SPD übernehmen, vergessen also, daß erst die sozialdemokratische "Rep-Politik", deren Haltung zum Asylgesetz und Immigrantenhetze im Tandem mit der Regierung, den Republikanern sowie direkt faschistischen Gruppierungen Auftrieb gegeben haben.

Die bürgerliche (Regierungs-)Linie der SPD

Angeichts immer schärferer (internationaler) Verwertungsbedingungen des Kapitals haben die Reformisten keine Verbesserungen für die Arbeiterklasse mehr zu bieten. Es gibt nichts (auch keine Almosen) mehr zu verteilen. Niederlagen, ungehinderte Rechtsentwicklung, Demoralisierung ..., kurzum, der niedri-

ge Stand der Klassenkämpfe erlaubt es der SPD-Führung, die "deutschen Interessen" "besser vertreten" zu wollen (Wahlplakat der SPD zur Europa-Wahl), um die Interessen der Lohnabhängigen direkt, brutal und offen mit Füßen zu treten. Bis zum Erbrechen werden die alten bürgerlichen Märchen von der Sozialdemokratie wiederholt: Ein nationaler Beschäftigungspakt aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Wissenschaftlern

"soll drei Schwerpunkte enthalten: Entlastung der Arbeit von Kosten, Entlastung der Unternehmen, damit sie investieren, modernisieren und Arbeitsplätze schaffen können und Entlastung der sozialen Sicherungssysteme von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen" (SPD-Pressedienst, 19.01.94).

Austerität, Austerität, Austerität ..., es ist ausgemacht, daß auch eine SPD-Regierung massiven Sozialabbau betreiben und mithelfen würde, Arbeitslosigkeit zu verbreitern.

Natürlich kommt zu dieser rein bürgerlichen Linie der SPD noch etwas Sozialrhetorik, um das Ganze verdaulicher zu machen. Aber wer nach den Schweinereien, die die SPD mitgetragen - und teilweise als treibende Kraft initiiert hat -, immer noch glaubt, daß diese Partei so etwas wie einen Kristallisationspol für (ArbeiterInnen-)Widerstand repräsentiert, der ist unfähig, die politischen Realitäten wahrzunehmen.

Ein schon fast belustigendes Beispiel für SPD-Anbiederei findet sich bei der SAG in ihrer Berichterstattung über den SPD-Parteitag in Halle: "Scharping reagierte: Zum ersten Mal gab er die Parole aus 'Kohl muß weg!'. Er forderte die Partei auf, die 'Reformdebatte jetzt zu beginnen', und er rief 'Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen'. Auf diesen Ton hatten die Delegierten seit Monaten gewartet. Sie skandierten minutenlang 'Jetzt geht's los!'" (Klassenkampf 129). Und seitdem wartet auch die SAG, und wartet ... und wartet. Nur Scharpings Arbeiter-Wende - zur Blamage der SAG und anderer prosozialdemokratischer Gruppen wie SAV/JRE - will einfach nicht kommen, auch nicht in der Außenpoli-

tik, bei Bundeswehreinsätzen z.B., wo sich Scharping ebenfalls mit Kohl durch eine "gemeinsame Grundorientierung" verbunden weiß. Die SPD ist eine offen pro-imperialistische Arbeiterpartei. Es bleibt ihr Dilemma (und das aller "kritischen" SPD-Unterstützer) in diesem Wahlkampf, daß sie einerseits das Programm der bürgerlichen Offensive vertritt, andererseits aber begründen muß, warum das Kreuz nun bei ihr und nicht gleich bei Kohl gemacht werden soll. Und dieses Dilemma kostet eben Stimmen.

Angesichts des sich abzeichnenden sozialdemokratischen Wahlkampf-Flops überlegen sich schon die Grünen als "linker" FDP-Ersatz, ob sie nicht selbst in manchen Wahlkreisen zur Wahl der SPD aufrufen sollten. Denn mit diesem Scharping-Kurs wird es wohl auch nicht zu grüner Regierungsverantwortung und Beteiligung an den Regierungs-Pfründen kommen. Darüberhinaus muß für eine grüne Regierungsbeteiligung noch harte Arbeit unter den Sozialdemokraten geleistet werden, damit diese überzeugt werden, daß die Zeiten ökologischen Fundamentalismus wirklich vorbei sind und unter der Führung des ministrablen Fischers die Ära bürgerlicher Realpolitik (Lohnraub, Bundeswehreinsätze etc.) - ökologisch getupfert, versteht sich - angebrochen ist.

PDS: Sozialdemokratie des Ostens

Aller CDU-Demagogie zum Trotz - die "Roten Socken" der PDS sind so grau-schwarz meliert, daß diese Partei nicht nur mit der SPD, sondern auch mit der CDU lokale Bündnisse, z.B. in Brandenburg, eingeht. Ganz reformistisch-pragmatisch bestätigt diese Linie auch die PDS-Landesvorsitzende in Berlin, Pau: "Es gibt in den Ostberliner Bezirken, in den Bezirksämtern im allgemeinen, eine sachbezogene pragmatische Zusammenarbeit bis hin zur CDU" (TAZ, 25.07.94).

Das Märchen von den roten Radikalen versuchte zum x-ten Mal auch Treuhand-Gründerin und Mitverantwortliche für den DDR-Ausverkauf, die PDS-Kandidatin Luft in einem Interview auszuräumen (Berl. Ztg., 22.07.94). In diesem benennt Luft zwei wesentliche Ziele der PDS: erstens einen öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor aufzubauen; zweitens die Förderung des Mittelstandes in Ostdeutschland anzukurbeln. Auf die Frage, wie es sich denn mit den Umverteilungsabsichten der PDS verhalte, antwortet sie: "Was die Umverteilung von Reichtum anbelangt, wird oft der Teufel an die Wand gemalt. Niemand in der PDS-Führung will Enteignungsaktionen". Und sie fährt fort: "Aber wir halten es für notwendig, daß vagabundierendes Finanzkapital stärker besteuert werden muß als arbeitsplatzschaffendes Produktivkapital". Daß die PDS keine Enteignungen will, sollten eigentlich alle wissen. Daß die PDS zudem der Glaube umtreibt, durch höhere Besteuerungen die Krisenerscheinungen des Kapitalismus regulieren zu können, ist Beweis für ihre reformistische Quacksalberei, die u.a. mit Kapitalflucht oder anderen Widerstandsformen seitens der Kapitalisten beantwortet werden würde. Interessant ist jedoch die



Der Graf und sein kühner Knecht in nationaler Eintracht



Bischofferode: PDS propagierte Privatisierung

Unterscheidung von "vagabundierendem Finanz-" und "arbeitsplatzschaffendem Produktivkapital", die unschwer an die faschistische Diktion vom "raffenden und schaffenden Kapital" erinnert. Kern dieser Assoziation ist natürlich die Annäherung des "linken" an den rechten Populismus.

Populismus überhaupt ist ein herausragendes Merkmal der gesamten PDS-Politik. Gysi z.B. kennt keine Parteien (und Klassen) mehr, sondern v.a. Ostdeutsche, wenn er die Aufgabe der PDS im nächsten Bundestag darin sieht, "eine entschiedene Interessenvertreterin der Ostdeutschen und aller Benachteiligten in dieser Gesellschaft" zu sein (FAZ, 14.03.94). Und Brie wettete, "der Osten Deutschlands dürfe von der Bundesregierung nicht länger zum Experimentierfeld für Demokratie- und Sozialabbau mißbraucht werden" (ebenda). Da ist es nur logisch, daß der PDS-Landvorsitzende und Unternehmer (!) Markov sich um die Gründung einer PDS-Mittelstandsvereinigung bemüht, während der Ausverkäufer von Bischofferode und PDS-Kandidat Jüttemann bei den Unternehmern von Sachsen und Thüringen für den Widerstand gegen Treuhand und Staat hausieren geht (Wirtschaftswoche, 22.07.94).

Die Volksfrontattacken forcieren noch die Rechtsentwicklung der PDS, die nur umso eifriger ihre Verfassungstreue und ihr Festhalten am Grundgesetz unterstreichen möchte. So beschloß kürzlich die sächsische PDS, ihre Dokumente regelmäßig dem Verfassungsschutz auszuhändigen (konkret 8/94). Und diese Bemühungen stoßen bereits auf positive Resonanz. So bescheinigt der oberste Verfassungsschützer in Brandenburg, Pfaff, der PDS ihre demokratische Unbedenklichkeit und "eine integrative Funktion, indem sie die Unzufriedenheit vieler aufsaugt und kanalisiert" (TSp, 21.08.94). Zudem verweist er auf die Tatsache, daß die PDS sich aus Bündnissen ausgeklinkt hat, an denen "gewaltbereite autonome Gruppen" beteiligt waren (TAZ, 15.07.94). Ja, im "Kampf" gegen Nazis verläßt die PDS nicht die Grundlagen der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Auch am 20. April überließ die PDS den Schutz vor randalierenden Skins und Hools der Polizei.

Bisheriger Gipfel dieser Rechts-Entwicklung ist die Kapitulationserklärung der PDS-SpitzenkandidatInnen, unter (fast) allen Umständen eine SPD/Grünen-Regierung unterstützen zu wollen. Biskys "Bedingungen" für diese "peinliche Anbiederei", so Volmer von den Grünen, u.a. das Eintreten für eine "aktive Arbeits- und Sozialpolitik" (!) oder die Wahrnehmung ostdeutscher Interessen, sind bewußt schwammig und breit gehalten, um nicht nur Mittelständler, sondern auch zunehmend stütziger werdende Linke bei der PDS-Stange zu halten.

Wirklich - diese Wahlkampfsuppe sollte man der PDS-Führung versalzen!

Die "offenen Listen" der PDS - offen nach rechts

Die "offenen Listen" der PDS sind nicht dazu angetan, eine kritische Wahlunterstützung der PDS auch nur zu erwägen. Diese Listen wurden eigens dafür geschaffen, v.a. "respektable" Personen aus dem öffentlichen Leben als Wahllokomotiven für die PDS zu nutzen, ohne daß diese sich auf das Programm der PDS verpflichten ließen. In den letzten Monaten ist zunehmend klarer geworden, daß diese KandidatInnen zu-

Wahlkampfseife à la PDS: Gysis Lügen - konkret

"*Neue Arbeitszeitmodelle* in verschiedenen Branchen, die auch drastische Wochenarbeitszeitverkürzungen unterhalb der 35-Stunden-Woche vorsehen. Für Löhne, die *unter* (Hervorhebung von uns) dem gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen liegen, ist voller Lohnausgleich erforderlich, darunter auch durch staatliche Lohnkostenzuschüsse" (Wahlprogramm der PDS 1994, angenommen auf dem 3. Parteitag, 13.03.1994).

Diese geforderte Austeritätsmaßnahme seiner Partei versuchte Gysi dann so zu vertuschen:

"Erstens brauchen wir eine sofortige Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche und ein gesetzliches Verbot von Überstunden, die über eine bestimmte Zahl hinausgehen. Zweitens brauchen wir den vollen Lohnausgleich für *alle durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen* (Hervorhebung von uns) Einkünfte und gewisse Abzüge bei den *überdurchschnittlichen*" (Gregor Gysi am 20.04.94 auf einer Veranstaltung mit dem Titel "Ist wählen verkehrt?", zit. nach konkret, Juni 1994).

meist kleinbürgerlichen Zuschnitts sehr oft einen Standpunkt weit rechts von der PDS einnehmen. Paradebeispiel dieser Listen ist Graf Einsiedel, ein Urenkel Bismarcks, bekannt durch seine Freude über den Untergang der DDR und seinen deutschen Nationalismus, der von der PDS-Führung in ebenfalls linksnationalistischer Art verteidigt wurde (vergl. ND, 29.03.94). Wer PDS wählt, wählt nicht nur antikommunistische Nationalisten vom Schlage Einsiedel, sondern der wählt zugleich Kohlping, wie auch das Mitglied des PDS-Bundesausschusses, Gehrke, unmißverständlich klar machte. Er empfahl nämlich den PDS-Parlamentariern zynisch-offen, nach der Bundestagswahl "Scharping zu wählen, ohne Bedingungen" (TAZ, 25.07.94).

Die Notwendigkeit eines revolutionären Kampfprogramms

Unsere Haltung zu den Wahlen haben wir bereits an anderer Stelle ausführlich dargelegt (vergl. BOLSCHEWIK-Extra, 19.06.94). Wir sehen keine politische Kraft, die die Bedingung für eine noch so kritische Wahlunterstützung erfüllt. Kriterium für eine solche Unterstützung wäre die bekundete Bereitschaft einer kandidierenden Arbeiterpartei, zumindest für elementare Interessen der Lohnabhängigen wie z.B. die Verteidigung aller Arbeitsplätze, keine Lohn- und Sozialkürzungen, keinen Abbau demokratischer Rechte, Kampf dem wachsenden Faschismus, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr o.ä. einzutreten.

Unseres Wissens gibt es keine Kandidatin/keinen Kandidaten auf den Listen der relevanten Parteien der Arbeiterbewegung in Deutschland, die/der bereit wäre, für solche elementaren Interessen - bei Ablehnung offen arbeiterfeindlicher Positionen der eigenen Partei - zu kandidieren. Wir sehen auch aktuell keinen Sinn darin, linke Kandidaturen von kleineren Propagandaorganisationen zu unterstützen, die alle entweder versteinert der gesellschaftlichen Situation gegenüberstehen oder selbst die rasante Rechtsentwicklung der BRD-Gesellschaft reflektieren. Wir rufen deshalb dazu auf, bei diesen Bundestags-Wahlen ungültig zu stimmen. Obwohl wir die Kandidatur einer klassenkämpferischen Alternative zur Hebung des Bewußtseins begrüßen würden - es gibt keine Wahl bei diesen Wahlen!

Nur durch kompromißloses Eintreten für das Programm zur revolutionären Lösung der drängenden Probleme der Lohnabhängigen gegen die reformistischen Austeritätstaktiker kann dieser Wahlkampf für Klarheit, für einen Schritt nach vorne genutzt werden. Ein solches revolutionäres Programm umfaßt die kompromißlose Verteidigung der Löhne und aller sozialen Errungenschaften. Wir sind gegen jede Entlassung. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, für Männer und Frauen, und zwar sofort, sowie die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich bis alle Arbeit haben. Die Löhne müssen der Preisentwicklung automatisch angepaßt werden. Für jede(n) Arbeitslose(n) muß es einen Arbeitsplatz geben, auch durch öffentliche Arbeitsplatzprogramme unter Kontrolle der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, finanziert durch die Unternehmer. Die verräterische Gewerkschaftsbürokratie muß in militanten Mobilisierungen, durch Streiks und Betriebsbesetzungen etwa, durch eine re-



volutionäre Führung, verantwortlich den Mitgliedern, ersetzt werden. Wir kämpfen für die Aufhebung der Frauenunterdrückung, u.a. den § 218; wir treten ein gegen jegliche Form von Sexismus und Rassismus.

Wir treten für internationale Solidaritätsaktionen der Arbeiterklasse und gegen die Spaltung durch das bürgerliche Gift des Protektionismus ein. Wir sind gegen die kapitalistische EU, aber auch gegen die deutschen Nationalisten, die den "Ausverkauf" der BRD fürchten. Wir sind für die vollen Staatsbürgerrechte für ImmigrantInnen und fordern die Wiederherstellung des von CDU und SPD de facto aufgehobenen Asylrechtsparagrafen. Neben Aktionseinheiten der Linken befürworten wir die Verankerung und den Ausbau gewerkschaftlich organisierter Selbstverteidigungsgruppen zur Zerschlagung der faschistischen Mörderbanden. Wir sind für die Mobilisierung der Lohnabhängigen gegen Einsätze der Bundeswehr - im Innern wie auch als außenpolitisches Instrument. Wir treten ein für die Auflösung von NATO, WEU und Bundeswehr und für die selbständige Bewaffnung der Lohnabhängigen in Milizen. Die Produktion sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen kontrollieren, um die wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft feststellen zu können. Die notwendige entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten ist die Voraussetzung für die Errichtung einer Planwirtschaft unter Kontrolle der ArbeiterInnen, die in Räten organisiert ihre neue Macht gegen den Widerstand der Kapitalisten durch eine Regierung der Lohnabhängigen sichern. Um ein solches Programm umzusetzen, bedarf es des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterpartei als Teil einer internationalen kommunistischen Organisation, der wiederzuschaffenden Vierten Internationale.

Für dieses Ziel kämpft die Gruppe Spartakus.